

Nr. 2 Wien, Juni 1920

Sollen wir in Oesterreich Ausländer werden?

Die Neuwahlen für den Wiener Kultusvorstand sind für Sonntag, den 27. Juni ausgeschrieben. Der Kampf geht nur äußerlich um die Wiederbesetzung der Sitze des Kultusrates; in Wahrheit handelt es sich um die Entscheidung über eine politische Frage erster Ordnung, um die Frage, ob die Wiener und mit ihr die gesamte österreichische Judenschaft auch weiterhin im Vollbesitze ihrer staatsbürgerlichen Rechte verbleiben oder als ein ausländisches Minoritätsvolk unter Ausnahmsgesetze gestellt werden soll. Diese außerordentliche Bedeutung der Wiener Kultuswahlen für die Juden des ganzen Staates möge die Tatsache rechtfertigen, daß wir fast die gesamte gegenwärtige Nummer der „Monatsschrift" diesem politischen Ereignisse widmen.

Schon in unserer letzten Nummer haben wir auf die im Parlamente abgegebene Erklärung des christlichsozialen Parteiführers Kunschak hingewiesen, daß die Juden, wenn sie sich selbst als ein Fremdvolk fühlen und bezeichnen, in diesem Staate nur als Ausländer gelten und nur die Rechte eines ausländischen Minoritätsvolkes in Anspruch nehmen könnten. Worin diese verminderten Rechte bestünden, hat Herr Kunschak klar und deutlich ausgesprochen: Der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern soll den Juden künftighin verwehrt, der Ankauf von Häusern sowie von Grund und Boden untersagt werden, Gewerbeberechtigungen sollen ihnen nur nach Maßgabe ihres prozentuellen Verhältnisses zur Gesamtbevölke-

rung erteilt, die Aufnahme in die öffentlichen Schulen sowie die Ausübung der Advokatur, der ärztlichen Praxis, des Lehrberufes, der technischen Berufe usw. gleichfalls nur nach der Prozentnorm zugestanden werden. Da die Juden gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 6.5 Millionen Seelen nur etwa 250.000 Seelen zählen, so würde dies bedeuten, daß nur 2 Prozent der Juden in Oesterreich ihr Fortkommen finden können. Aber auch diesen 2 Prozenten würde die Existenz voraussichtlich ganz unterbunden werden, weil in dem Augenblicke, wo die Juden sich in bewußten nationalen Gegensatz zu dem deutschen Staatsvolke stellen würden, unausweichlich der Boykott gegen alle jüdischen Kaufleute, Gewerbetreibenden und Industriellen einsetzen und ihnen das Dasein unmöglich machen würde.

Das ist der Kern des Kampfes, der am 27. Juni in Wien ausgefochten wird und von welchem die jüdischen Bevölkerungen in Graz, in Linz, in Salzburg, in Innsbruck, in Klagenfurt, kurz in dem gesamten deutschösterreichischen Staatsgebiete in Mitleidenschaft gezogen werden. Vergebens berufen sich die Jüdischnationalen darauf, daß durch die Bestimmungen des Friedens von St. Germain die jüdischen Rechte unter den internationalen Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Dieser Schutz hat gegenüber Rumänien versagt, welches sich mit Erfolg weigerte, die Bestimmungen des Minoritätsschutzes zugunsten seiner Juden in Anwendung zu bringen; er hat versagt, als die polnischen Armeen trotz der Anwesenheit von Ententetruppen auf ihrem Zuge gegen Rußland viele Hunderte von Juden in der grausamsten Weise hinschlachteten; er hat versagt, als die Araber in Palästina und in Syrien trotz der britischen Oberhoheit einen wüsten Pogrom gegen die Juden in Szene setzten. Und er wird auch bei uns versagen, wenn die monarchische Reaktion sich früher oder später wie in Ungarn des antisemitischen Schlagwortes bedienen und den weißen Terror etablieren sollte. Wie kann man nur einen Augenblick glauben, daß im Augenblicke höchster Gefahr die Anrufung des Auslandes, das uns noch immer vielfach feindlich gesinnt ist und nur seinen selbstischen Interessen folgt, wirksamer wäre, als der Schutz der einheimischen Verfassungsgesetze? Wie kann man glauben, daß man durch die Gnade des Auslandes einen wertvollen Rechtsboden wiedererlangen könnte, nachdem man ihn durch freiwilligen Verzicht leichten Herzens aufgegeben hat?

Die Jüdischnationalen bieten uns als Ersatz für unsere leichtfertig zu opfernden Rechte die Errichtung von jüdischen Schulen, in denen die hebräische Umgangssprache gelehrt werden soll. Wir leben in einem Staate, der bettelnd die Hand zu allen seinen Nachbarn ausstrecken muß. Oesterreich ist ein reindeutscher Staat geworden. Wie soll hier unsere Jugend

ihr Fortkommen finden, wenn sie sich als Angehörige eines Fremdvolkes bekennt, und statt deutsch hebräisch spricht. Wie soll sie jenseits der Grenzen Deutschösterreichs, in der Tschecho-Slowakei, in Jugoslawien, in Ungarn, in Polen, in Deutschland oder gar im Westen mit der hebräischen Sprache ihre Existenz begründen? Nicht einmal in Palästina wäre dies möglich, wo die Araber bereits den Juden das Terrain streitig machen.

Mit Recht bezeichnet der Wahlaufruf der nicht-jüdischnationalen Parteien den Tag der Wiener Kultuswahlen als die Schicksalswende der österreichischen Judenschaft. Die Jüdischnationalen führen den Kampf mit Schimpf und Unglimpf, mit Lüge und Verleumdung gegen jedermann, der nicht in ihrem Lager steht. Diese Methode war bisher in Wien nicht in Uebung. Sie ist etwas Fremdes, das von außen her in diese kultivierte Stadt hineingetragen wurde. Aber diese Formen des Kampfes werden ihre scharfe Schneide gegen diejenigen kehren, die sie in Anwendung bringen. Der Wiener jüdischen Bürgerschaft hat sich eine große Erregung bemächtigt, sie weiß heute, daß es um Erwerb oder Verderb, daß es um ihre eigene Existenz und die Zukunft ihrer Kinder geht. Die Gleichgültigen sind aufgerüttelt, die Stumpfsinnigen sind wach geworden. Wenn am Wahltage jedermann seine Pflicht tut, dann ist uns nicht bange, daß die Selbstmordpolitik der Jüdischnationalen abgewehrt werden wird. Sie haben es mit listiger Verkniffenheit durchgesetzt, daß der Wahltermin so ungünstig als möglich für die bodenständige Judenschaft angesetzt wurde. Aber wir hoffen, daß ihnen dieser Trick nicht die ersehnten Früchte tragen wird.

Tue jeder Jude am Wahltage seine Pflicht, niemand verlasse Wien, ehe er an der Urne seine Stimme abgegeben hat. Diesmal geht es nicht um kleine Verwaltungs- und Personenfragen, sondern um Sein oder Nichtsein jedes Einzelnen und der jüdischen Gesamtheit! Mit Werner Stauffacher in „Wilhelm Tell" rufen wir unseren Glaubensbrüdern zu:

„Wir steh'n für uns're Weiber, uns're Kinder!"

Die Kandidatenliste der **nicht**-jüdischnationalen Parteien.

Univ.-Prof. Dr. Alois Pick, Generaloberstabsarzt a. D., I., Rudolfsplatz 12

Baurat Wilhelm Kempler, Dir. der Unionbaugesellschaft, IX., Liechtensteinstraße 26

Dr. Benjamin Rappaport, Hofrat a. D., IX., Alserbachstraße 33

Robert Wortmann, Bankier, XIX., Eichendorffgasse 3
Dr. Jakob Engel, Rechtsanwalt, VI., Mariahilferstr. 53
Dr. Salomon Krenberger, Dir. des Taubstummeninst., III., Rudolfsgasse 22
Siegmund Kauders, Weingroßhändler, XI., Simmeringer Hauptstraße 80
Richard Bettelheim, Prokurist, I., Dominikanerbastei 17
Ignaz Glück, Handelsgesellschafter, IX., Seegasse 6
David Dohán, Kaufmann, I., Salzgries 15
Moritz Reif, Kaufmann, III., Veithgasse 11
Isidor Schwarz, Disponent, II., Ferdinandsstraße 28
Bernhard Buchwald, Fabrikant, VII., Lindengasse 16
Dr. Ernst Friedjung, Apotheker, V., Wimmergasse 33
Dr. Josef Ticho, Rechtsanwalt, I., Vorlaufstraße 1
Dr. Leo Landau, Rechtsanwalt, I., Bräunerstraße 7
Dr. Jakob Deutsch, prakt. Arzt, XVII., Ortliebgasse 50
Jakob Herzog, Bankvorstand, I., Spiegelgasse 8
Adolf Oberländer, Architekt und Stadtbaumeister, IX., IX., Ferstelgasse 4
Moritz Schwarz, Kaufmann, XXI., Fahrbachstraße 1
Karl Ehrenzweig, Assekuranzdir., II., Praterstraße 29
Julius Berger, Kaufmann, I., Neutorgasse 12
Dr. Emil Riesenfeld, Oberstaatsbahnrat, III., Bechardgasse 29
Anton Stein, Fabriksdirektor, VII., Neubaugasse 56
Josef Nossig, Anstreichermeister, XVIII., Staudgasse 60
Adolf Reiß, Fabrikant, X., Davidgasse 89
Dr. Adolf Kapralik, Privatier, IV., Frankenbergg. 14
Hugo Popper, Kaufmann, II., Novaragasse 42
Ludwig Herzfeld, Kaufmann, I., Bauernmarkt 10
Alfred Schwarz, Beamter der Länderbank, III., Matthäusgasse 5
Dr. Berthold Kardegg, Rechtsanwalt, VII., Mariahilferstraße 48
Dr. Julius Flesch, Arzt, II., Untere Augartenstraße 13
Siegmund Planer, Kaufmann, II., Franzensbrückenstr. 13
Univ.-Prof. Dr. Leopold Königstein, I., Georg Cochplatz 3.

Der Wahlaufruf der **nicht**-jüdischnationalen Parteien.

Jüdische Wähler und Wählerinnen!

Sonntag, den 27. Juni 1920 findet die Neuwahl des Wiener Kultusvorstandes statt.

Ernst und eindringlich bitten wir Euch, an diesem Tage in Wien anwesend zu sein, und Eure Stimmen für die Liste der nicht-jüdischnationalen Parteien (Listenführer: Univ.-Prof. Dr. Alois Pick, General-Ob.-Stabsarzt a. D.) abzugeben.

Keiner fehle an der Urne, denn diese Wahl bedeutet die Schicksalswende der Wiener Judenschaft, sie entscheidet darüber, ob wir weiterhin gleichberechtigte Bürger dieses Staates bleiben oder als Ausländer und Fremdlinge unter Ausnahmsgesetze gestellt werden sollen!

Die Jüdischnationalen verlangen die Anerkennung einer eigenen jüdischen Nation in Oesterreich. Die christlichsozialen und deutschnationalen Antisemiten begrüßen diese Forderung mit Jubel, denn sie bietet ihnen die willkommene Handhabe, die Juden zu entrechten und ihnen wieder den gelben Fleck anzuhaften. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 29. April 1920 erklärte der christlichsoziale Parteichef Kunschak: „Ich danke dem Abgeordneten Stricker, daß er die Juden als einheitliches 14-Millionenvolk bezeichnete. Sind aber die Juden ein eigenes Volk, so sind sie bei uns Ausländer und wir verlangen, daß in der Nationalversammlung ein Gesetz beschlossen werde, welches die Rechtsverhältnisse der Juden als ausländisches Minoritätsvolk in Oesterreich zur Regelung bringt.“ Die freiwillige Absonderung der Juden von der übrigen Bevölkerung hätte unvermeidlich ihre gesetzliche Verweisung in einen Zwangskataster, ihre Ausschließung von allen öffentlichen Aemtern, die Nichterteilung von Gewerbekonzessionen und Gewerbeberechtigungen, die Zulassung zu den öffentlichen Schulen, sowie zur ärztlichen Praxis, zur Advokatur, und zu den technischen Berufen nur nach der Prozentnorm, also etwa 2 vom 100, zur Folge.

Jüdische Wähler und Wählerinnen Wiens! Wollt Ihr, daß bei uns dieselben Zustände einreißen, wie sie im zaristischen Rußland herrschten? Wollt Ihr, daß unsere jüdischen Kaufleute und Gewerbetreibenden boykottiert, daß uns das freie Wohnrecht beschränkt, der Erwerb von Grund und Boden verwehrt, unseren Kindern die Schulen verschlossen und sie ausgestoßen werden aus der elterlichen Heimat? Und wollt Ihr, daß ihnen als einziger Ersatz hiefür die hebräische Umgangssprache mit auf den Weg gegeben werde zu dem furchtbaren Kampfe ums Dasein. Wenn Ihr all das nicht wollt, dann wehrt Euch mit dem Stimmzettel gegen die Totengräberpolitik der Jüdischnationalen! Dann saget ihnen durch Eure Wahl, daß es eine ver-

derbliche Zumutung ist, auf verfassungsmäßige Rechte freiwillig zu verzichten, um dafür den mehr als zweifelhaften Schutz jener auswärtigen Mächte einzutauschen, die gestern noch unsere Todfeinde waren und uns den unerträglichen Frieden von St. Germain aufgezwungen haben! Saget das an der Urne auch dem Wiener Oberrabbiner, der verkündet, daß die verfassungsmäßige Gleichberechtigung wertlos geworden sei, weil die Juden jetzt unter dem internationalen Minoritätsschutze des Völkerbundes stehen. Was dieser „Schutz" wert ist, haben unsere rumänischen Brüder erfahren, die ihre Gleichstellung trotz der Garantie des ganzen mächtigen Europa bisher nicht durchsetzen konnten, davon erzählen die jüngsten Pogrome in Polen, diesem von der Entente gehätschelten neuen Staate, die Niedermetzelung von Juden in Jerusalem trotz britischem Protektorate. Nicht das Ausland kann und wird uns schützen, sondern nur unsere einheimischen Gesetze, die unsere Väter für uns erkämpft, nur der feste und redliche Wille, mit unseren andersgläubigen Mitbürgern in friedlichem Wettbewerbe, in einträchtigem Gewerbefleiße mitzuwirken an der Wiederaufrichtung Wiens und Oesterreichs!

Die Jüdischnationalen suchen Euch durch absichtliche Verwechslung der Begriffe „zionistisch" und „jüdisch-national" zu täuschen. Auch wir wollen die Errichtung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina für die bedrängten und verfolgten Juden des Ostens. Das ist aber etwas ganz anderes als die nationale Fremderklärung der Juden in Oesterreich. Jedes Volk kann nur ein nationales Zentrum haben. Zion in Palästina — das ist allgemein verständlich, Zion in Oesterreich wäre der bare Unverstand. Keinem englischen, französischen oder amerikanischen Juden wird es beifallen, in England, in Frankreich, in Amerika eine jüdische Nation aufrichten zu wollen, weil sie genau wissen, daß in diesen Ländern alle territorialen und sprachlichen Voraussetzungen hiefür fehlen. Nur uns in Oesterreich soll es beschieden sein, in einen verhängnisvollen nationalen Gegensatz zu dem herrschenden Staatsvolke zu treten.

Jüdische Wähler und Wählerinnen! Die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges haben sich auch auf die Wiener Kultusgemeinden erstreckt. Eine Flut unglücklicher jüdischer Flüchtlinge aus den östlichen Ländern hat sich nach Wien ergossen und die öffentliche und private Mildtätigkeit in bisher noch nie dagewesenem Maße in Anspruch genommen. Neuwahlen in den Kultusvorstand konnten nicht durchgeführt werden, so daß diese Körperschaft durch Todesfälle, Austritte und Alter geschwächt wurde. Es ist nicht zu leugnen, daß der bisherige Kultusvorstand den Anforderungen dieser schweren Zeit nicht mehr gewachsen war und daß Versäumnisse und Mangel an Voraussicht die Gemeinde in arge Mißhelligkeiten brachten. Eine

gedeihliche Tätigkeit des Kultusvorstandes ist übrigens seit geraumer Zeit auch durch die Obstruktion der Jüdischnationalen unmöglich gemacht worden. Wie eine Sturzwelle ist die Entwertung des Geldes über uns hereingebrochen, die wichtigsten Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde wurden notleidend, und für die gesteigerten Bedürfnisse der Beamtenschaft ist nicht rechtzeitig vorgesorgt worden. Der abtretende Kultusvorstand darf jedoch nicht mit der jüdischen Bürgerschaft Wiens verwechselt werden. Wir lehnen es ausdrücklich ab, die Verantwortung für die Handlungen oder Unterlassungen des bisherigen Kultusvorstandes zu übernehmen. Die jüdische Bürgerschaft hat einen vollgültigen und eindrucksvollen Beweis ihrer Kraft, ihres Opfersinnes und ihrer Energie erbracht, indem aus ihrer Mitte eine spontane Sanierungsaktion für das jüdische Spital und das jüdische Versorgungshaus eingesetzt hat, welche die Fortführung und Sicherung dieser Institute ermöglichte. Sie gibt auch jetzt ein Zeugnis ihrer Kraft und Reife, indem das von ihr gebildete Wahlkomitee der nicht-jüdischnationalen Parteien die Erneuerung und Verjüngung des Kultusvorstandes durch die Entsendung tatkräftiger weitblickender, arbeitsfähiger und arbeitswilliger Männer in die Kultusrepräsentanz sich zum Ziele gesetzt hat. Eine machtvolle Arbeit auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge, die ja einen wesentlichen Bestandteil der jüdischen Religionsübung bildet, eine Zusammenfassung aller werktätigen Kräfte der Wiener Kultusgemeinde soll mit dieser Neuwahl einsetzen.

Von diesen Gesichtspunkten haben wir uns bei der Aufstellung der Kandidaten leiten lassen. Unsere Liste vereinigt Vertreter aller Klassen und Stände, Männer der Wissenschaft, der Industrie, der Technik, des Handels und des Gewerbes, der Staats- und Privatbeamtenschaft, der Advokatur, der ärztlichen Praxis und des Lehrberufes. Alle Richtungen des Judentums sind in unserem Vorschlag vertreten. Er ist ein Bild all der starken Energien, welche in der Wiener Judenschaft positiv schaffen und wirken.

Jüdische Wähler und Wählerinnen! Die Kultusstube darf nicht der Schauplatz politischer Agitation und wüsten Gezänkes werden. Wir wollen den Frieden in der Kultusgemeinde, wir wollen den Frieden mit unseren andersgläubigen Mitbürgern, wir wollen fruchtbare Arbeit im Dienste der Gesamtheit und zum Wohle jedes Einzelnen, wir wollen den ungeschmälerten Bestand unserer altehrwürdigen Kultusgemeinde, wir wollen die Sicherung der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Existenz der Wiener und österreichischen Judenschaft, wir wollen die Erhaltung von Haus und Heim jedes Familienvaters und die Erschließung einer besseren Zukunft für unsere Kinder!

Wer diese Bestrebungen mit uns teilt, wer auf dem Boden fester und unverrückbarer Tatsachen steht, wer das Judentum, unsere österreichische Heimat und unsere Vaterstadt liebt, der trete am 27. Juni 1920 zur Urne und gebe seine Stimme für die hier beigeschlossene Kandidatenliste der nicht-jüdischnationalen Parteien ab.

Für das Vereinigte Wahlkomitee der nicht-jüdischnationalen Parteien:

Univ.-Prof. Dr. L. Königstein
Präsident

Dr. Jakob Ornstein
Vizepräsident

Dr. Ernst Friedjung
Schriftführer

Das Wahlprogramm der nicht-jüdischnationalen Parteien.

I. Das Gesetz vom 21. März 1890 beschränkt die Aufgabe der Kultusgemeinde auf die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder und auf die Erhaltung und Förderung der durch diesen Zweck gebotenen Anstalten.

Jeder Versuch, die Kultusgemeinde zum Tummelplatze politischer oder nationaler Parteikämpfe zu machen, muß daher als gesetzwidrig und der religiösen Bestimmung der Gemeinde zuwiderlaufend entschieden abgewiesen werden.

II. Wir erblicken in einer den erschwerten Daseinsbedingungen entsprechenden großzügigen Ausgestaltung der sozialen Hilfstätigkeit der Kultusgemeinde ein dringendes Erfordernis für Gegenwart und Zukunft.

III. Demgemäß erachten wir die Einrichtung eines Amtes für soziale Verwaltung, dessen Budgetierung unabhängig von den eigentlichen Kultusausgaben erfolgen soll, für notwendig.

Das Amt für soziale Verwaltung hätte anzustreben:

1. den modernen Ausbau aller der Krankenpflege, der Armen-, Waisen- und Altersversorgung gewidmeten Gemeindeanstalten.

2. Die Förderung der Säuglingspflege und Jugendfürsorge in solcher Weise, daß das körperliche und geistige Wohl der Kinder gesichert erscheint und sie zu guten Juden erzogen werden.

3. Die Ausgestaltung der Altersfürsorge durch Errichtung einer Heimstätte für solche erwerbsunfähige Schützlinge, deren Unterbringung im Altersversorgungshause derzeit unmöglich ist.

4. Errichtung einer Stelle für Berufsberatung und die Förderung aller Bestrebungen, welche darauf abzielen, unsere jungen Glaubens- und Stammesgenossen zu produktiver Arbeit hinüberzuleiten.

5. Die immer weitere Kreise in Mitleidenschaft ziehende Verarmung der jüdischen Bevölkerung läßt den Ausbau der sozialen Fürsorge nach allen Richtungen dringend geboten erscheinen. Zur Aufbringung der nötigen Geldmittel ist nicht nur die private Opferwilligkeit heranzuziehen, sondern es müssen auch von den gesetzlich verpflichteten Subjekten für die öffentliche Gesundheits- und Armenpflege, nämlich Staat, Land und Gemeinde, mit gesteigerter Energie entsprechende Beiträge angefordert werden.

6. Da die rationelle soziale Fürsorge ohne die Grundlage eines umfassenden statistischen Materials unmöglich ist, gehört die Schaffung einer statistischen Abteilung in engster Verbindung mit der schon bestehenden „Zentralstelle für jüdischsoziale Fürsorge“ zu den wichtigsten Aufgaben des Amtes für soziale Verwaltung.

Wir wollen darauf achten, daß die Führung aller unserer sozialen Verwaltung unterstellten Institute dem Geiste des Judentums und den religionsgesetzlichen Vorschriften entspricht.

IV. Wir streben an, daß das Statut der Wiener israelitischen Kultusgemeinde den Forderungen der Zeit entsprechend, in volkstümlichem Sinne ausgebaut werde.

V. Wir wollen die Einheit der Kultusgemeinde nach innen und außen erhalten und treten deshalb dafür ein, daß allen religiösen Richtungen die gleiche Förderung zugewendet und die Möglichkeit freier Betätigung geboten werde.

VI. Als Vorbedingung für einen wirksamen und nachhaltigen Religionsunterricht verlangen wir, daß dieser Unterricht nur von solchen Lehrkräften erteilt werde, welche ihre Ausbildung an einer jüdischen Lehrerbildungsanstalt mit gutem Erfolge vollendet haben und welche einen religiös einwandfreien Lebenswandel führen.

Das oberste und wichtigste Zeil des Religionsunterrichtes soll die Durchdringung der Jugend mit dem ethischen und moralischen Gehalte und den sozialen Grundsätzen des Judentums sein. Das Bewußtsein, einer Kulturgemeinschaft mit unvergänglichen Werten anzugehören, soll durch Kenntnis und Vertiefung in die Geschichte und Literatur des jüdischen Volkes erweckt und dauernd erhalten werden.

Wir stehen unverbrüchlich auf dem Boden der staatlichen Schulgesetzgebung und werden demnach insbesondere immer für die Simultanvolksschule eintreten. Es soll aber auch das eifrigste Bestreben des neuzuwählenden Kultusvorstandes sein, dafür Sorge zu tragen, daß unsere Religionslehrer die Jugend zu guten Juden und getreuen Bürger unseres Staates erziehen.

Jenen Schülern, welche eine weitere Ausbildung in der hebräischen Sprache anstreben, soll die Kultusgemeinde die unentgeltliche Möglichkeit dazu bieten.

Den Inspektoren für den Religionsunterricht soll ein aus den Elternkreisen gebildeter Beirat zur Seite stehen, um so die unerläßliche und gegenwärtig schwer vermißte Uebereinstimmung zwischen Schule und Haus in der Pflege jüdischen Geistes herzustellen.

VII. Die Tempelvereine haben sich um die Kräftigung des religiösen Lebens der Gemeinde außerordentliche Verdienste erworben. Ihnen danken wir das Erstehen zahlreicher würdiger, ja monumentaler Stätten der Gottesverehrung und die regelmäßige Abhaltung des täglichen öffentlichen Gottesdienstes in den Vereinssynagogen. Hiedurch haben sie der Kultusgemeinde die Obsorge für die religiösen Bedürfnisse großer Gruppen von Gemeindemitgliedern abgenommen.

Es ist daher nur eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß den Tempel- und Bethausvereinen ein entsprechender Einfluß auf die Verwaltung der Kultusgemeinde eingeräumt, eine feste Norm für die ihnen aus den Mitteln der Kultusgemeinde gewährenden Jahresbeiträge geschaffen werde und daß deren Funktionäre die rituellen Obliegenheiten bei Bezirksbewohnern jedes Standes und Vermögens zu versehen haben, falls nicht die Parteien die Beistellung anderer Funktionäre wünschen.

VIII. In der Sehnsucht nach Erfüllung der Palästinahoffnung erkennen wir vor allem ein religiöses Bedürfnis. Wir sprechen uns ferner dafür aus, daß auch die Wiener israelitische Kultusgemeinde für die Erwerbung Palästinas als rechtlich gesicherte Heimstätte für jene Juden, die in ihren Heimatländern nicht bleiben können und wollen, eintrete.

IX. Wir halten die Neuregelung des Kultussteuerwesens nach folgenden Grundsätzen für notwendig:

a) Das Besteuerungsobjekt ist das Einkommen des Zensiten.

b) Leistungen für Zwecke von Tempel- und Bethausvereinen, sowie für Zwecke der sozialen Fürsorge sind bei der Steuerbemessung zu berücksichtigen.

c) Zu den Steuerkommissionen sind Delegierte der im Bezirke wirkenden Bet- und Tempelvereine zuzuziehen. Das Vorschlagsrecht steht diesen Vereinen zu.

d) Der Steuersatz nach oben bleibt unbegrenzt.

X. Auf Grund dieses Programmes wollen wir den Kultusvorstand durch solche aufrechte Juden erneuern, deren Charakter, Fähigkeiten und Pflichteifer volle Bürgschaft dafür bieten, daß sie gewissenhaft mitarbeiten werden, das Ansehen unserer Gemeinde zu wahren und den von uns erhobenen Forderungen zum Durchbruche zu verhelfen.

Zur Ernüchterung.

Wir stehen unter dem Eindrucke eines großen Ereignisses. Die Konferenz von San Remo hat beschlossen, die Balfour-Erklärung, welche Palästina als nationale Heimstätte für die Juden bestimmt, in den Friedensvertrag mit der Türkei einzuverleiben. Daran knüpfen sich die noch nicht bestätigten aber sicherlich nicht aus der Luft gegriffenen Gerüchte: Die Konferenz habe zugesichert, daß die zionistische Fahne über Jerusalem gehißt werden wird, daß man sich schon in einigen Tagen nach Jerusalem begeben wird, um die jüdische Verwaltung zu organisieren und daß ein Jude zum High Commissionar von Palästina ernannt zu werden bestimmt ist. Da der Oberste Rat das Mandat über Palästina an England übertragen hat, ist ja auch das leicht möglich. So unfertig und unklar die ganze Sache noch ist, kann man schon jetzt als sicher annehmen, daß endlich auf Erden ein freier Punkt vorhanden sein wird, von dem der heimatlos gewordene Jude, wenn er ihn erreicht, sagen kann: „Hier bin und bleibe ich zu Hause." Der menschlich und religiös treufühlende Israelit hätte somit Ursache, sich der überraschenden Erfolge der zionistischen Bewegung zu freuen, auch wenn ihm die in ihr sich an die Oberfläche drängende luftig-nationale Richtung mißfällt.

Leider wird dem Klardenkenden die Freude an dem wichtigen Ereignisse vergällt, wenn er sieht, wie eine irrtümliche Auffassung desselben das Heil in Unheil zu verwandeln droht.

Ein alter ehrwürdiger Rabbiner hat in einem vor der offenen Bundeslade verrichteten Gebete, darauf hinweisend, dem Allmächtigen gedankt, „der nun endlich das jüdische Volk in das verheißene Land führen wird".

Anläßlich desselben Dankgottesdienstes sind dem beredten Munde des frommen Greises auch folgende Worte entfahren:

„Und voll Stolz und Dankbarkeit sollen wir die heutige große Zeit empfinden und besonders die ältere Generation, die noch diese Stunde der Erlösung des jüdischen Volkes erleben durfte, kann dies mit freudiger Genugtuung erfüllen."

Das sind gutgemeinte, aber alles nur keine nüchternen, der wahren Sachlage entsprechenden Worte, und so unklar wird über die Aufnahme der Balfour-Erklärung in dem Friedensvertrag mit der Türkei überall gedacht, wo das sogenannte Nationaljudentum mit der Messiasidee spielt.

Versuchen wir, uns dem größten Optimismus hinzugeben und nehmen wir an, daß sich die nichtjüdische Bevölkerung Palästinas, welche gegenwärtig die sechsfache Zahl der jüdischen Einwohnerschaft ausmacht, nicht vermehrt, sondern das Zahlenverhältnis zwischen Juden und Nichtjuden das umgekehrte wird. Es bleibt dann noch immer das heilige Land der

Christen und Mohammedaner, ein Objekt der religiösen Sehnsucht der Epigonen der Kreuzfahrer und der nicht minder fanatischen Streiter des Islam.

Da könnte es, höchstens zutreffen, daß alle entwurzelten Elemente der Judenheit, die endgiltig Heimat und Vaterland verloren haben, darin eine dauernde Heimstätte fänden und somit auf diesem Boden eine kleine Nation entstünde.

Das Neu-Israel von des britischen Reiches Gnaden könnte im allergünstigsten Falle den vierten Teil der Gesamtjudenheit umfassen. Es könnte demnach auch bei einer Erfüllung der kühnsten Träume von einer Rückkehr des jüdischen Volkes in das verheißene Land nicht die Rede sein, geschweige denn von seiner Erlösung.

„Wo Gedanken fehlen stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein.“ Leider ist dies auch mit dem von vielen Zionisten gebrauchten Worte „National“ und sogar zur unrechten Zeit der Fall. Daß Leute, die mehr keiner politischen Gemeinschaft ihrer Geburtsländer zugehörig, sich als Angehörige der jüdischen Nation bezeichnet haben und daß man in der Hitze der Agitation, im Hinblicke auf das Ziel der zionistischen Bestrebungen die Bezeichnung Nation für das Israelitenvolk vorweg genommen, ist entschuldbar, wenn auch damit sehr fehlgegriffen wurde.

Anders ist es, wenn es sich um den Gebrauch des Wortes in seinem eigentlichen Sinne, um den Ausdruck der Beziehung zu einer politischen Gemeinschaft handelt, die es weit prägnanter bezeichnet, als das Wort Volk; da muß man, wenn nicht leeres Geschwätz oder Unrichtiges herauskommen soll, wohl achtgeben, was man damit sagt.

Leider hat man in zionistischen Kreisen mit dem Worte „Nation“ so lange gespielt, bis sich in den Köpfen der Urteilslosen der Wahn festgesetzt hat, die über die ganze Erde zerstreuten Juden seien eine Nation und, von dieser Selbstsuggestion ergriffen haben, schließlich auch führende Persönlichkeiten sich von dem Phantom verleiten lassen. In Wahrheit haben die Juden schon vor achtzehnhundert Jahren aufgehört eine Nation zu sein. Seit dem schauerlichen Unglücke, das durch die Schilderhebung des Bar Kochba über die Judenheit hereingebrochen, sind die zerstückelten Glieder Israels überall für eine Eigenpolitik zu schwach und daher gehalten, sich den Nationen, in deren Mitte sie Existenz und Schutz finden, in allen weltlichen Dingen aufs treueste anzuschließen.

Nach der überaus traurigen Erfahrung, die das jüdische Volk mit einem überhitzten Nationalismus zu Zeiten Kaiser Hadrians gemacht hat, war es überall bestrebt, sich an den Rat des Propheten Jeremias zu halten, das Wohl des Landes, in dem man wohnt, zu fördern und in dessen Heil sein eigenes

zu suchen. So waren unsere Vorfahren und sind die einsichtsvollen Juden noch heute überall wahrhafte Patrioten der Staaten, deren Gesetze sie schützen und stützen. Der französische Jude kennt ebenso wie der französische Christ keinen anderen Patriotismus als den französischen, der britische nur den britischen, der deutsche nur den deutschen und der italienische nur den italienischen usw.

Daran ändert auch der Zionismus das Bestreben, für die jedweder heimatlichen Scholle entbehrenden, von Land zu Land umherirrenden unglücklichen Elemente der Judenheit irgendeine feste Heimstätte zu erlangen, nicht das Geringste. Sein und seiner Kinder geliebtes Vaterland bleibt Frankreich, England, Deutschland, Italien usw. Und es wird das auch, wenn in Palästina leibhaftig eine jüdische Nation mit eigener Kultur entstehen sollte, nicht anders werden. In Anbetracht dessen war es, gelinde gesagt, eine haltlose Behauptung, die Juden, wie es in der österreichischen Nationalversammlung durch einen jüdischen Abgeordneten geschehen, als einheitliches Vierzehn-Millionenvolk zu bezeichnen. Wenn man von einer Einheitlichkeit in der Uneinigkeit reden dürfte, dann wären die Juden allerdings das einheitlichste Volk auf Erden; in Wirklichkeit sind sie das zerfahrenste, das es überhaupt gibt. Es hat seit der babylonischen Turmbaugesellschaft noch keine gegeben, die der Judenheit an Zerfahrenheit gleichgekommen wäre. Wer zählt die Sprachen, die Muttersprachen jüdischer Kinder sind? Wo ist ein Volk, das von so vielen Arten der Kultur und Unkultur durchdrungen ist? Wo ist eine Menschenklasse, die so vielen Arten, sehr oft ganz entgegengesetzten, von Patriotismus huldigt? Wo eine Menschenart, die so viele Vaterländer hat? Wo eine solche, in der die sozialen Gegensätze so arg durcheinandergewürfelt und so schroff? Und wo gibt es eine Konfession, deren Angehörige einander mehr verketzern, verdammen als die der mosaischen? Welch ein Muster der Seelenharmonie und wie gut ist das Volk vertreten durch die, welche mit seiner Einheitskraft prahlen!

Nüchternheit, sowohl im Unglück als im Glück, ist für jedes Volk ein unschätzbares Gut und das Judenvolk hat besondere Ursache, sie unter allen Umständen zu bewahren, weil es, wenn es durch Erfolge berauscht oder durch Mißerfolge betäubt, seine Nüchternheit verliert, jedem möglichen Unheil entgegentaumelt.

Darum möge man sich wohl hüten, den seiner Grundtendenz nach philanthropischen Zionismus in Nationalwahn umschlagen zu lassen, es könnte dem Glücksrausch über die gefundene Heimstätte eine verspätete, gar peinliche Ernüchterung folgen. Unsere Geschichte weiß ja leider von solchen Ernüchterungen mehr als genug zu erzählen.

Wir wollen hier nur auf eines hinweisen: Der große Lehrer Rabbi Akiba war von der Persönlichkeit des Kriegshelden Simon Bar Kochba so sehr geblendet, daß er von ihm gesagt: „Das ist der König Messias.“ Darauf hat Rabbi Jochanan ben Tosta bitter entgegnet: „Akiba, es werden Gräser durch deine Kinnbacken sprießen und der Messias wird noch immer nicht gekommen sein!“ (Midrasch Echa rabba II, 4.) Bald darauf hat sich gezeigt, daß an dem Manne seinem Volke kein leuchtender Stern, dafür aber ein Bar Kosiba, eine Truggestalt aufgegangen war.

Die Moral der Geschichte ist: Heil und Förderung dem ethischen und philanthropischen Zionismus, Nüchternheit anstatt Nationaljudentum!

Welch eine Fülle von Nebelgebilden leider in den Zionismus hineingetragen werden, zeigt am besten die Behauptung, daß nun Gott endlich das jüdische Volk in das verheißene Land führen wird und daß die Stunde der Erlösung dafür gekommen.

Ist es schon sehr unbesonnen, die Verheißung einer Regierung, die über Nacht verschwinden kann, mit der einstigen göttlichen identisch zu halten, ist es ein Unsinn, selbst auf eine noch so große, doch immerhin wie alles auf Erden veränderliche politische Macht so fest zu bauen, ist es sehr unklug, der Gewalten, die der Sache mehr oder minder feindlich entgegenstehen, zu vergessen, ist es eine arge Verblendung, zu übersehen, daß das Gros der Judenheit schon aus Pflichtgefühl andere Arten des Patriotismus als den englischen, ja nicht selten einen jenem entgegengesetzten zu hegen, auch ferner gehalten sein wird, so ist es darüber noch geradezu lächerlich, von einer für das jüdische Volk gekommenen Stunde der Erlösung zu reden, in einer Zeit, wo Not und Elend, Roheit und Bosheit, Unkultur und Gottlosigkeit, Laster und Verkommenheit von hüben und drüben einander so in die Hände arbeiten und einander fördern, wie in der gegenwärtigen!

Die Stunde der Erlösung kann für Israel sowie für die Menschheit überhaupt, erst nach tiefgreifenden Erfolgen einer auf Veredelung des Gemüts und Innenlebens gerichteten Erziehung folgen.

Alle intellektuellen Kräfte zusammenfassen, um eine solche im jüdischen Volke in rationeller Weise anzubahnen, ein Zionismus im Sinne des Propheten Jesaia ist die einzige Richtung, der Schlüssel zur Eröffnung des Erlösungsproblems. Wenn wir ernstlich daran gehen, wird man sich auch auf anderen Seiten darauf besinnen, wieviel man vor den eigenen Türen zu kehren hat und werden uns die besseren Elemente der Menschheit für die richtige Auffassung der Sachlage Anerkennung zubilligen.

Leopold Mandl.

Horn, 25. Mai 1920.

Aus unserem Rechtschutz- und Abwehrbureau.

Die Judenhetze in den Sommerfrischen.

Auch die Gemeinde Rinn in Tirol hat beschlossen, im heurigen Sommer keine Juden als Sommerfrischler aufzunehmen und eben so wenig den vorübergehenden Aufenthalt von Juden nicht zu dulden.

Die Ortsgruppe St. Pölten des Schutzvereines „Antisemitenbund“ richtet an alle Gemeindevertreter die Aufforderung, dem Beispiele der Gemeinden Rinn und Mondsee zu folgen und einen ebensolchen Beschluß in ihren Gemeinden zu verwirklichen.

Alle diese Aufreizungen sind eine Verletzung der in den Staatsgrundgesetzen festgelegten Freizügigkeit, und wir haben dagegen bei den zuständigen Stellen energischen Einspruch erhoben.

Die Plattform für die nächsten Nationalratswahlen.

In der am 7. Juni in der Volkshalle des Rathauses stattgefundenen antisemitischen Demonstrationsversammlung gegen die Ostjuden führte der christlichsoziale Parteiführer Kunschak folgendes aus:

„Was die Judenfrage im allgemeinen anlangt, so sind wir leider Gottes durch die Bestimmungen des Friedensvertrages in der Lage des Mannes mit den gebundenen Händen. Der Friedensvertrag eröffnet nur eine Möglichkeit hinsichtlich des Rechtsstandpunktes und seiner moralischen Unterlagen, er anerkennt die Juden als eine selbständige Nation und es hat die Entente diese Ansicht noch dadurch gekrönt und zum praktischen Ausdruck gebracht, daß sie den Juden einen eigenen Staat in Palästina gegeben hat. Für uns ergibt sich hieraus eine Grundlage für die Behandlung der Judenfrage: Die Juden sind ein ausländisches Volk, ergo können wir sie als fremde Nation behandeln. Wir haben infolge des Friedensvertrages auch noch die Möglichkeit der Behandlung nach den Grundsätzen des Minoritätsschutzes. Wir müssen allen fremden Nationen ihr eigenes Schulwesen geben, konsequenterweise also auch den Juden eigene Judenschulen. Aber nicht nur die räumliche und technische Trennung zwischen arischen und jüdischen Schulen ist eine Folgerung, sondern auch das Verbot, daß ein Jude an arischen Schulen Unterricht erteilt. Alle Minoritäten haben ferner Anspruch, ihr Recht zu finden nach ihrer Sprache, ergo auch die Juden nach ihrer nationalen Eigenart, weshalb wir nur so viele jüdische Richter anzustellen brauchen, als wir zur Erledigung der jüdischen

Rechtssachen benötigen. Daraus ergibt sich von selber, daß wir natürlich auch nicht so viele jüdische Advokaten brauchen und auch die Anwendung auf unsere Hochschulen geht daraus hervor. Es muß der numerus clausus dort eingeführt werden, der Jude wird nicht ausgeschlossen vom Hochschulstudium, aber nur zugelassen im Verhältnis der Zahl seines Volkes zu der unserer deutschen Bevölkerung. Wir haben das Recht, den Anteil der Juden an all diesen Funktionen so zu beschränken, und wenn wir auf dem Boden des Gesetzes des Friedensvertrages verbleiben, so ist dadurch unser Antisemitismus vielleicht in seinen letzten Konsequenzen verhindert, aber er vermag noch solche Wirkungen auszulösen, daß sich dadurch eine bedeutende Erleichterung vom Joch des Judentums für uns ergibt. Wir verlangen darum die Behandlung der Juden als Minoritätsvolk in allen Konsequenzen, eine Forderung, auf die sich alle Arier vereinigen können, mögen sie sonst welcher politischen Partei immer angehören. Wenn wir insbesondere dieses Programm zur Plattform neuer Nationalratswahlen machen. (stürmischer Beifall), dann glaube ich, sind wir dem Worte des Dichters näher gekommen, welches er vorgezeichnet hat wie eine Warnung, als er sagte: Geht, sperrt sie wieder in die engen Gassen, ehe sie euch in die Christenviertel sperren."

Diese Ausführungen Kunschaks, denen brausender Beifall folgte, beweisen zur Genüge die Verderblichkeit der jüdischnationalen Forderung, daß die Juden in Oesterreich als eigene Nation anerkannt werden. Sie beweisen aber auch die Notwendigkeit, daß die jüdische Wählerschaft sich jetzt schon für die im Herbste stattfindenen Nationalratswahlen organisiert und sich darüber klar wird, nach welcher Richtung die jüdischen Stimmen in die Wagschale geworfen werden sollen.

Notiz.

Wien. (Die Oesterreichische Creditanstalt) hat eine Vermehrung ihres Aktienkapitals durch Ausgabe von 375.000 neuer Aktien im Nominalbetrage von K 320.— beschlossen. Das Bezugsrecht steht den Inhabern der alten Aktien, und zwar für 5 alte Aktirn 2 neue, bis inklusive 5. Juli zu.

Redaktion und Administration: Wien, IX/8, Universitätsstraße 8.
Telephon 19277.
Herausgeber: „Oesterreichisch-Israelitische Union". — Verantwortlicher Redakteur Siegfried Fleischer. — Druck von L. Beck & Sohn.